

Mainz, 23.01.2014

Antrag **1597/2010/1 zur Sitzung Stadtrat am**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Durch den politischen Verzicht auf die Errichtung des Kohlekraftwerks ergibt sich Bedarf für eine Neuausrichtung in der Energieproduktion in Mainz. Der Stadtrat erwartet von den Stadtwerken Mainz AG (SWM) und von den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG (KMW) noch in diesem Jahr die Vorlage eines Konzepts zur zukünftigen Energieerzeugung in Mainz. Dieses soll entsprechend der bisherigen Beschlüsse des Stadtrates den Bau eines Kohlekraftwerkes nicht vorsehen, sondern verstärkt zur Stromproduktion auf Erneuerbare Energien und hocheffiziente GuD-Kraftwerke setzen. Weiterhin soll darin der dafür erforderliche Investitions- und Finanzierungsbedarf dargestellt werden.

Die Beteiligungsverwaltung wird aufgefordert nach Vorlage dieser Planungen, die Kapitalausstattung der KMW zu überprüfen. Gegebenenfalls ist die Eigenkapitalquote auf ein erforderliches Maß anzupassen und über die Umsetzung dem Finanz- und Beteiligungsausschuss zu berichten.

In einer Zielvereinbarung mit den Vorständen der SWM und KMW ist die mittelfristige Dividendenpolitik zu vereinbaren. Eigenkapital der KMW, das für die Ersatzinvestitionen nicht benötigt wird und das die vereinbarte Eigenkapitalquote übersteigt, ist über die jährliche Dividende hinaus an die Aktionäre auszuschütten.

**Begründung:**

Die Eigenkapitalausstattung von SWM und KMW sollte der branchenüblichen Eigenkapitalquote angenähert sein und an den betrieblichen und städtischen Erfordernissen ausgerichtet werden. Dies entspricht dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Damit wird einerseits ein wirtschaftlich bestmögliches Ergebnis für die Gesellschafterin Stadt Mainz und andererseits ein wünschenswerter Steuerungseffekt erzielt. Zu berücksichtigen sind bei der Angemessenheit der Kapitalausstattung einerseits geplante große Investitionsvorhaben, für die eine temporäre Erhöhung der Eigenkapitalquote sowie eine Rücklagenbildung notwendig sein können; andererseits veränderte Planungen, die eine erhöhte Eigenkapitalquote nicht mehr erforderlich und die eine Sonderausschüttung möglich ma-

chen. Es besteht ein Investitionsbedarf auch bei einer energiepolitischen Neuausrichtung der Gesellschaften, der im Umfang aber geringer als bei der konventionellen fossilen Produktion ausfällt. Dieser Investitionsbedarf soll berücksichtigt werden. Damit sollen auch der Bestand des Produktionsstandortes Ingelheimer Aue und die Arbeitsplätze bei den Gesellschaften gesichert werden.

Festlegungen sollen noch in diesem Jahr getroffen werden nachdem der Energiebericht der Bundesregierung veröffentlicht und beschlossen wurde.

Weiterhin sollen bei der Prüfung die Einbindung in die zu gründende Holdinggesellschaft in Mainz (ZBM) und die steuerlichen Konsequenzen berücksichtigt werden. Die Bestimmung des Eigenkapitals, der optimalen Eigenkapitalquote sowie die Entscheidung über die Verwendung des eingesetzten Kapitals der Gesellschafterin entsprechen den Zwecken, die mit der ZBM verfolgt werden.

Oliver Sucher (Fraktionsvorsitzender) (SPD)  
Katrín Eder (Fraktionsprecherin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Christopher Sitte (Fraktionsvorsitzender) (FDP)